

20  
Schweiz. Metall- und Uhrenarbeiter-Verband

---

---

# SPANIEN

**Die wirtschaftliche und kulturelle Lage**  
**Politische Ereignisse und**  
**Bürgerkrieg**

Unionsdruckerei (Genossenschaft) Bern • 1936

790

IX 30

## Vorwort.

Seit Monaten tobt in Spanien ein brutaler und unmenschlicher Bürgerkrieg, wie ein solcher Europa kaum jemals zuvor gesehen hat. Die Aristokratie und das Herrentum mit den Generälen an der Spitze haben es sich in den Kopf gesetzt, die demokratischen Regungen der ausgebeuteten und verarmten grossen Volksschichten zu unterdrücken und blutig niederzuschlagen. Das Herrentum gebietet Knechtschaft und unumschränkte Gewaltherrschaft. Die aufrührerischen Generäle, die mit Marokkanern und Söldnern das eigene Land verwüsten und Tausende und Abertausende der eigenen Landeskinder in den Tod hetzen, erfreuen sich in verschiedenen Ländern der grössten Unterstützung aller Anhänger der Gewaltherrschaft. Selbst in unserer alten Republik mit ihrer demokratischen und freiheitlichen Tradition, die der spanischen gewerkschaftlichen Arbeiterschaft als Vorbild diente, hat eine wüste Hetze und eine niederträchtige Verleumdung gegen die grosse Masse des spanischen werktätigen Volkes eingesetzt.

Unsere vorliegende kleine Schrift hat keinen andern Zweck, als die Ursachen des spanischen Bürgerkrieges, die politischen Ereignisse in den letzten Jahren und den grossen materiellen und geistigen Notstand der spanischen Bauern und Arbeiter rein sachlich darzustellen. Wir anempfehlen allen demokratisch und freiheitlich Denkenden unsere Schrift zum Lesen und Nachdenken.

*Bern, im Oktober 1936.*

*Schweiz. Metall- und Uhrenarbeiter-Verband.*

## I. Madrid, April 1931.

*Madrid*, 14. April 1931 (Tel. der « United Press »): In allen spanischen Städten weht die republikanische Flagge. Nach den hier einlaufenden Berichten ist es bisher nur in Huelva zu einigermaßen blutigen Zwischenfällen gekommen, wo zwischen Gendarmerie und Demonstranten ein Handgemenge stattfand, bei dem drei Personen verletzt wurden. Sonst scheint der Regimewechsel absolut unblutig zu verlaufen, und die Ruhe ist bisher in ganz Spanien gewahrt worden...

\*

*Lissabon*, 15. April, ag: Der König, der von seinem treuesten Anhängern, den Generälen und der Zivilgarde im Stich gelassen wurde, verliess den königlichen Palast.

\*

*Madrid*, 14. April (Havas): Die Begeisterung der Menge artete in einen wahren Freudentaumel aus. Durch die Strassen wälzten sich gewaltige Menschenmassen. Zahlreiche Ansammlungen von zwei bis dreitausend Personen ziehen, die Marseillaise singend, durch die Strassen. Taxameter werden im Sturm genommen. Auf den Dächern der Wagen sieht man Offiziere, welche die republikanische Fahne tragen. In Rot gekleidete Frauen tragen ebenfalls rote und republikanische Fahnen durch die Stadt. Den vorübergetragenen Fahnen wird zugejubelt. Man sieht Männer, die vor Freude und Rührung weinen... Man hat den Eindruck, dass die Menge den König vergessen hat, der in Stille seinen Wegzug vorbereitet. Die Regierung gab bekannt, dass sie die Freudenkundgebungen nicht behindern wolle, aber nicht dulden werde, dass Anschläge auf Personen oder gegen das Eigentum verübt werden.

\*

*Madrid*, 15. April: Eine Bekanntmachung des sozialistischen Exekutivkomitees an die Arbeiterschaft wird dieser zur Kenntnis bringen, dass die Sozialisten am Aufbau der Republik mitzuarbeiten haben und dass jeder Streik und alle Unruhen zu vermeiden seien.

\*

*Barcelona*, 19. April (Havas): Der Kardinalerzbischof von Tarragona und der Bischof von Barcelona überbrachten Oberst Macia ihre Glückwünsche. Sie erklärten, die Kirche sei wie immer auf der Seite der einmal gebildeten Regierung. Sie seien bereit, ihr jede Unterstützung zu gewähren, die ihnen ihre Mission erlaube.

\*

So unblutig, inmitten von Freudenkundgebungen, ohne Widerstand vollzog sich im April 1931 die Aufrichtung der spanischen Republik. Selbst die engsten Freunde des Königs Alphons gaben seine hoffnungslose Sache verloren. Die überwältigende Mehrheit des Volkes hatte bei den Gemeindewahlen des 12. April die republikanischen Parteien gewählt. Es waren die ersten Wahlen gewesen, die auf eine achtjährige Periode der Diktatur folgten, die der General Primo de Rivera mit Zustimmung des Königs errichtet hatte. Dem Druck der Massen, bis weit in die Reihen des Bürgertums hinein, war die Diktatur erlegen, Primo de Rivera selbst hatte nach Paris flüchten müssen. Nun folgte ihm der König nach, dem das Volk den Bruch der von ihm beschworenen Verfassung nicht verzieh. Mit Freudenfesten feierte das spanische Volk die ohne Schwertstreich errungene Freiheit. Keinem seiner besiegten Feinde wurde ein Haar gekrümmt, nirgends kam es zu Szenen der Gewalt und der Plünderung. Mit Grossmut wurden die Verbrechen verziehen, die unter dem gesetzlosen Regime der Diktatur begangen worden waren.

Fünf Jahre später durchtobt ein furchtbarer Bürgerkrieg das grosse Spanien, erfüllt es von Nord bis Süd, von der portugiesischen Grenze bis an das Mittelmeer, mit Mord und Brand. Nach Zehntausenden zählen die Opfer des Brudermordes, nach Zehntausenden die Witwen und Waisen, die ihren Gatten und Vater beklagen. Reichtümer im Werte von vielen hundert Millionen Franken sind zerstört, Hungersnot bedroht das Land. In furchtbarem blinden Hass wüten Spanier gegen Spanier, Söhne desselben Volkes gegeneinander.

Was ist geschehen, um aus den grossmütigen Siegern von 1931 die wilden Kämpfer von heute zu machen? Was hat in diesen fünf Jahren das leidenschaftliche, aber grossmütige spanische Volk verwandelt?

Von rechts, wie von links wird, was in Spanien geschieht, verschieden gedeutet. Die furchtbare Tragödie Spaniens ist zum Zankapfel geworden, der auch unser Volk zu entzweien droht. Rechts versucht man, die spanischen Ereignisse gegen die « marxistischen » Parteien unseres Landes auszubeuten, sie als Helfershelfer und

Spiessgesellen von Brandstiftern und Kirchenschändern hinzustellen. Links wiederum will man aus der moralischen Unterstützung, die gewisse schweizerische Kreise den spanischen Aufständischen zuteil werden lassen, die Bereitschaft herauslesen, auch in der Schweiz, wenn die Situation günstig sei, den Brand des Bürgerkrieges zu entfesseln und die Demokratie zu vernichten.

So schwankt vor unseren Augen das Bild der spanischen Ereignisse. Wir wollen versuchen, gestützt auf das Zeugnis angesehener Männer und Zeitungen, aus diesem von der Parteien Hass und Gunst geschaffenen Wirrwarr eine klarere Einsicht zu gewinnen.

Wir wollen uns bemühen, objektiv zu sein und Entstellungen nach beiden Richtungen, nach links und nach rechts, zu entgehen. Aber diese Objektivität soll kein Vorwand sein, um uns der Pflicht zu entziehen, die jeder Zeitgenosse gegenüber grossen geschichtlichen Ereignissen hat: ein Urteil zu fällen, die Dinge zu werten, aus ihnen zu lernen.

## II. Wie der Spanier lebt.

Von der gewaltigen Gebirgskette der Pyrenäen abgeschlossen, ist Spanien von Europa isoliert. Es ist ein eigener Erdteil geblieben, völlig von dem geschieden, was auf dem Festland Europas vor sich geht. Nur selten haben seit dem ausgehenden Mittelalter kriegerische Ereignisse die Pyrenäenhalbinsel in das Schicksal Europas mithineingerissen: der spanische Erbfolgekrieg, der den alten Erdteil furchtbar erschütterte, der Kriegszug Napoleons, der für den grossen Eroberer schlimm genug endete.

Diese politische Isolierung Spaniens beruht aber nicht nur auf seiner eigenartigen geographischen Situation, sondern ebenso sehr auf seiner sozialen Entwicklung. Sie allein macht uns den Spanier, seine Geschichte und die gegenwärtigen Ereignisse wirklich verständlich.

Nichts wäre leichtfertiger, als schweizerische Vorstellungen auf diesen fernen Erdteil übertragen zu wollen. Nichts unsinniger, als politische und soziale Begriffe aus der Eidgenossenschaft zum Verständnis dessen anwenden zu wollen, was Spanien eben jetzt zutiefst aufwühlt. So ferne wie die spanische Volksseele der schweizerischen, ist auch die wirtschaftliche und soziale Situation Spaniens der der Schweiz. Wer einfach spanische und schweizerische Politik, spanische und schweizerische Wirtschaft einander gleichsetzt, macht sich eines grundsätzlichen Irrtums schuldig, der ihm den Weg zur Einsicht völlig versperrt.

Spanien ist in allererster Linie ein Agrarland. Mehr als die Hälfte seiner erwerbstätigen Bevölkerung arbeitet in der Landwirt-

schaft. Nur ein knappes Viertel in der Industrie, die überdies auf einige wenige Landstriche konzentriert ist. Spaniens wirtschaftliches und politisches Schicksal entscheidet sich in letzter Linie nicht in den modernen, fiebrigen Grossstädten, sondern auf dem flachen Lande. Nicht der Industriearbeiter, sondern der Landarbeiter, der «campesino», ist, wenn er sich seiner Kraft bewusst wird, zur Herrschaft über das Land berufen.

Aber davon ist er heute noch sehr, sehr weit entfernt. Der «campesino» ist sich seiner Stärke keineswegs bewusst. Seit Jahrhunderten ist er an Hunger und geduldige Ergebung in sein Schicksal gewöhnt. Er weiss sehr wenig von dem, was in der Nachbargemeinde vorgeht. Ueber die Grenzen seiner Provinz hinaus geht sein Interesse kaum jemals. Madrid ist ferne und nur ein leiser Widerhall aus der Grossstadt dringt zu ihm. Vom Ausland weiss er nur, was die Heimkehrer aus der grossen Zahl der Auswanderer ihm zu berichten wissen. Zeitungen kennt er kaum. Denn: 65 Prozent der spanischen Bevölkerung können nicht lesen und die grosse Mehrheit dieser 65 Prozent stellt der «campesino», der Landarbeiter.

Aber könnte er selbst lesen, seine Arbeit und sein Elend liessen ihm kaum Musse dazu. Er ist ja kein Bauer, wie wir ihn in der Schweiz kennen, der ein eigenes Stück Boden besitzt und Vieh im Stall. Nur in wenigen Gegenden Spaniens gibt es richtige Bauern, und dort leiden sie unter der ständigen Zerteilung ihres Besitzes beim Erbgang. Im allergrössten Teil des Landes aber gibt es keine Bauern, sondern nur Grossgrundbesitzer und Knechte.

Hören wir, wie der französische Schriftsteller Henri *Béraud*, der Spanien bereist hat — er steht politisch der äussersten Rechten nahe — den spanischen Landarbeiter schildert:

«In Spanien sind Herrenbesitze von acht bis zehntausend Fanegas (das sind von fünf bis achttausend Hektar) sehr geläufig. Sie gehören vornehmen Herren, deren Mehrzahl diese Welt verlässt, hoch an Jahren, mit Ehren und Schätzen reich beladen, ohne jemals die Neugier besessen zu haben, ihren Grund zu besuchen, die Ausdehnung ihrer Reichtümer auch nur für einen Augenblick zu besichtigen. Um sie zur Reise zu veranlassen, brauchte es einen Befehl des Königs; und dieser Befehl kam nur, wenn das Elend zu gross war, und es zu Aufruhr kam... Sonst begnügte sich die Grundaristokratie von der Erde zu leben — und sie zu verachten.

Das erklärt diese Wüsten guter, fruchtbarer Erde, die den Reisenden in Erstaunen versetzen und betrüben. Dass riesige Bodenflächen unbebaut bleiben, das war stets das Laster des Grossgrund-

besitzes. Aber es übersteigt alle Vorstellungen, dass die Söhne der Helden, die zum Dank für die Grosstaten ihrer Vorfäter sich den Boden Spaniens aufteilten, das ungeheure Ausmass von 46 Prozent davon brach liegen lassen.»

Wozu bemerkt sei, dass beispielsweise in Frankreich 8,5 Prozent des bebaubaren Bodens unbenutzt ist, in der Schweiz noch weniger.

Aber diese beispiellose Verschwendung inmitten furchtbarsten Elends ist noch nicht das schlimmste: auch der verbleibende, nicht brachliegende Boden gehört nicht dem Landarbeiter, sondern dem Grossgrundbesitzer. Rund 20,000 von ihnen besitzen zwei Drittel des Bodens. In den Rest, in das eine Drittel, teilen sich in den wenigen bäuerlichen Gegenden ein paar Hunderttausend winziger bäuerlicher Betriebe. Aber, wie gesagt, das ist nicht das einzige Schlimme des spanischen Landbewohners. Dazu kommt noch die Art und Weise, in der der Grossgrundbesitz ausgenützt wird, soweit er ausgenützt wird.

Der Herr Graf, dem der Boden gehört, ist, wie wir gesehen haben, nicht auf dem Lande zu finden. Er lebt in der Stadt. Er reist in der Welt umher. Er verzehrt in den europäischen Grossstädten, in den Luxuskurorten der Welt sein Einkommen. Und dieses Einkommen bezieht er von einer Art Generalpächter, dem Arrendatario, der ihm eine feste Ertragssumme garantiert. Der Arrendatario zerlegt den Boden in Parzellen, die sogenannten Pegujales, von denen jede wieder an einen Unterpächter abgegeben wird. Erst dieser, der Pegujalero, kümmert sich um den Anbau. Er ist der eigentliche Herr des Landarbeiters.

Man stelle sich vor, was dieser Mechanismus für den Landarbeiter bedeutet. Der Grossgrundbesitzer erwartet von seinem Boden seine Rente. Der Generalpächter wünscht natürlich daran zu verdienen. In den Olivenhainen zum Beispiel rechnet er mit einem Verdienst von 40 Prozent, wobei nur drei Viertel des Bodens weiterverpachtet werden. Und da schliesslich der Unterpächter, der seinen Boden mit einem schweren Pachtzins beladen sieht, auch nicht umsonst arbeiten will, muss die ganze Last auf den Landarbeiter überwältigt werden. Er zahlt letzten Endes für alle: für den Grossgrundbesitzer in Madrid, für den Generalpächter in der Provinzhauptstadt, den Unterpächter in der Gemeinde. Er arbeitet im Taglohn, natürlich ohne irgendeine geregelte Arbeitszeit, zwölf Stunden im Tag und noch mehr, und er arbeitet — das ist für ihn entscheidend — nur einen Teil des Jahres. Die übrige Zeit und während der Dürrperioden ist er arbeitslos.

Im Jahre 1930 betrug der Durchschnittstaglohn eines Landarbeiters in der Provinz Estremadura, einer der grossen Kornkammern Spaniens, 3 Peseten, was ungefähr 1.50 Schweizerfranken gleichkam. Wohl gemerkt, als Taglohn für zwölfstündige Arbeit und das bei weitem nicht jeden Tag. Im Jahre 1931, nach der Errichtung der Republik, stieg der Taglohn auf 4 bis 4.50 Peseten, rund zwei Schweizerfranken. Das war das Einkommen, aus dem eine ganze Familie bis zu dem Tag, da auch die Söhne arbeiten gehen konnten, ihren Lebensunterhalt bestreiten musste. Das war und ist bis auf den heutigen Tag der Durchschnittslohn. Das heisst, es gibt Landarbeiter, die noch weniger beziehen, solche, die etwas mehr erhalten. Das sind nicht Ausnahmefälle, sondern das Schicksal von ein paar Millionen Spaniern — denn die Landarbeiter stellen die zahlenmässig grösste Berufsgruppe des Landes.

Man begreift: Leute, die so leben, deren Behausung das nackte Elend widerspiegelt, die nicht lesen und nicht schreiben können, deren Familie von Krankheit geplagt wird — denn der Hunger bringt die Krankheit mit sich — die in winzigen, verfallenen Hütten vegetieren, sind leicht Opfer der Verzweiflung, die sie zu furchtbaren Dingen hinreissen muss. Wer Spaniens Landarbeiter kennt, der wundert sich nicht über ihre Verzweiflungsausbrüche, sondern vielmehr darüber, dass sie solches Schicksal so lange in demütiger Geduld ertragen konnten...

Welcher Kontrast: der in glänzendem Luxus lebende spanische Grande, der Aristokrat, der von allen materiellen Sorgen befreit, das Leben des Grandseigneurs führt, nichts weiss davon, wie es auf seinem eigenen Grund und Boden aussieht — und ein paar Kilometer von der Hauptstadt, von ihrem Glanz und Licht entfernt, die dahinvegetierenden Halbtiere, zu denen man jene erniedrigt, die mit ihrer Hände Arbeit, mit ihrem Schweiss all das schaffen, womit sich der Grossgrundbesitzer ergötzt. Henri Béraud meint:

« Wenn es Unruhen in Spanien gibt » — er schrieb noch vor der Ausrufung der Republik, also im Jahre 1930 — « wenn man die Ursachen dieser Unruhe erforscht, so darf man sich vielleicht fragen, ob der anmassende Reichtum in einem Lande, in dem nicht jeder auch nur genug hat, seinen Hunger zu stillen, noch etwas Erträgliches ist... »

Begreift man den Landarbeiter, der in seiner Verzweiflung den unbebauten Boden des Grossgrundbesitzers vor der Türe seiner Hütte sieht und, wenn auch wider Recht und Gesetz, von diesem Boden Besitz ergreift, der niemand zu Nutze ist, aber seinen und der Seinigen Hunger stillen könnte? Begreift man, wenn man das Elend des spanischen Landarbeiters kennt, dass er die ihm so oft

versprochene Bodenreform, die den unbenutzten Boden des Grossgrundbesitzers und einen Teil seines Riesenbesitzes aufteilen soll, schliesslich ohne das Gesetz abzuwarten, selbst durchführt?

Wer Wind sät, wird Sturm ernten.

Es wäre aber ungerecht, zu sagen, dass nur die falsche Verteilung des Besitzes an Grund und Boden die Ursache des Elends des Landarbeiters sei. Ebenso wichtig ist der Rückstand der landwirtschaftlichen Technik, die den Ertrag tief herabdrückt, weit unter den des mitteleuropäischen Bauern, ebenso wichtig ist auch der Wassermangel, der grosse Strecken des Bodens zur Wüste macht.

Beides aber, der Rückstand der landwirtschaftlichen Technik wie der Verfall der Bewässerungsanlagen, hängt innig mit dem Grossgrundbesitz zusammen. Der Bauer, der auf eigenem Grund schafft, ist um seinen Boden besorgt, versucht aus ihm so viel wie möglich herauszuholen. Der Grossgrundbesitzer, der weit vom Schuss seine Rente verzehrt, seinen Boden gar nicht kennt und nur mit dem Generalpächter zu tun hat, sorgt nicht für die Verbesserung der Technik, nicht für den Wiederaufbau der Bewässerungsanlagen. Die vom Grossgrundbesitz beherrschten Regierungen, unter denen Spanien Jahrhunderte lang lebte, haben ihrerseits nichts oder fast nichts in dieser Richtung getan.

Und schliesslich, will man das Schicksal des Landarbeiters ganz beurteilen können, vergesse man nicht das Steuersystem. Mit voller Schwere lastet die Steuerlast auf dem Landarbeiter. Graziös setzt sich der Grandseigneur über die Vorschriften des Gesetzes hinweg. Der Landarbeiter zahlt. Der Grossgrundbesitzer zahlt auch — einen Teil, einen kleinen Teil seiner Steuerschuld. Bewilligt die Regierung Mittel für Meliorationen, für Strassenbau — Spanien hat herrliche Autostrassen, nur liegen verfallene Hütten an ihrem Rand — dann zahlt in Wahrheit der Landarbeiter dafür.

\*

Der furchtbar tiefe Stand des Landarbeiterlohnes drückt auch auf die Löhne der Industriearbeiter. Freilich ist hier die Situation sehr unterschiedlich. In Katalonien, dem entwickeltsten Teil Spaniens, sind die Industrielöhne auch nach europäischem Massstab anständig. Der katalonische Arbeiter lebt nicht nennenswert schlechter und oft noch besser als sein Kollege in Südfrankreich. Dort gibt es auch Kleinbürger, einen städtischen Mittelstand, der im übrigen Spanien sehr selten ist, was mit dazu beiträgt, die sozialen Gegensätze schärfer und rücksichtsloser hervortreten zu

lassen als in den Ländern eines entwickelten Mittelstands. Anders aber steht es etwa um die asturischen Bergarbeiter. Und anders steht es vor allem um die Riesenzahl industrieller Arbeitslosen, amtlich werden ihrer 800,000 zugegeben, die ohne Unterstützung oder mit sehr geringen Unterstützungen — wir werden davon noch ein Wort zu sprechen haben — ihr Leben fristen müssen.

Ein Land unerhörter, brutalster sozialer Gegensätze, das ist Spanien. Von Gegensätzen, wie wir sie uns in der Schweiz nicht einmal erträumen können. Wenn irgendwo, so gilt in Spanien das Wort des englischen Philosophen Herbert *Spencer*, dass in einer Nation zwei Nationen leben: die Nation der Reichen und die der Armen. Ein Abgrund trennt den Grossgrundbesitzer von seinem Landarbeiter, den Grossfinanzier von dem städtischen Arbeitslosen. Wenn Elend noch erträglich sein mag, ist es das Schicksal aller, so wird es unerträglich aufreizend, brüstet sich knapp daneben der Ueberfluss. Elend mag verständlich sein, wenn es verschuldetes Schicksal eines Einzelnen ist. Wird es zum Zwangsgesetz ganzer grosser Bevölkerungsklassen, die arbeiten, schwer arbeiten, dann bäumt sich das Gewissen dagegen auf.

\*

Im Jahre 1931 hatte sich das Volk von seinem König losgesagt. Es war der letzte König absoluten Stils in Europa, der sein Volk als Untertanen behandelte, denen er gnädig die verfassungsmässigen Rechte zurückgeben wollte, die acht Jahre vorher der Diktator Primo de Rivera mit seinem Einverständnis ihm genommen hatte. Es war ein König nach dem Stil Wilhelms II. von Deutschland. Als er im Jahre 1923 in grösstem Pomp beim Papst erschien, hielt er vor Pius XI. eine Rede, in der er sich selbst, sein Schwert und ganz Spanien dem Papst zur Verfügung stellte, wenn dieser einen «neuen Kreuzzug» anordnen sollte. Der Papst, offensichtlich über diesen König, der über sein Land, ohne es gefragt zu haben, verfügte, höchlichst erstaunt, antwortete mit vorsichtig zurückhaltenden Worten...

Die demokratische Republik, die 1931 errichtet wurde, war keine Republik der Arbeiter und Bauern. Es war eine Republik des städtischen Bürgertums, das sich an die Spitze der Revolution stellte. Fromme Katholiken wie Alcala Zamora, der spätere Präsident der Republik, hatten mit Liberalen wie Azana, dem heutigen Präsidenten, und mit gemässigten Sozialisten wie de los Rios und Prieto zusammengewirkt, um die politischen Ideen der Freiheit und der demokratischen Selbstbestimmung des Volkes zu verwirklichen.

Aber wenn es auch eine rein politische Revolution war, die von sozialen Kämpfen nicht begleitet wurde, so erwarteten doch die Landarbeiter und die Industriearbeiter, die Enterbten, von ihr eine Besserung ihres Loses.

Umso schwerer musste sie die Entwicklung der Republik enttäuschen.

### III. Die politische Entwicklung.

Die Wahlen zur konstituierenden Nationalversammlung, die Spanien die neue demokratische Verfassung geben sollte, brachten den Linksparteien den Sieg. Die Gruppe, die die Bewegung für die Republik geführt hatte, stellte auch die erste Regierung der Republik. Es waren bürgerlich-liberale Politiker, die die leitenden Posten in der neuen Regierung übernahmen, Leute, die in der Schweiz etwa dem linken Flügel der katholisch-konservativen Partei angehören würden oder der Freisinnig-Demokratischen. Die Sozialdemokraten waren an der Regierung beteiligt: Largo Caballero, der heute vielgenannte Führer der Sozialdemokraten, war Arbeitsminister, de los Rios Unterrichtsminister. Das grosse Reformwerk der demokratisch-fortschrittlichen Kräfte sollte beginnen.

Die Aufgaben, die sich das neue System stellte, waren keineswegs überwältigend revolutionär. Man dachte zunächst an die Sicherung der demokratischen Volksrechte, an die Verbesserung des furchtbar rückständigen Unterrichtswesens, an die Hebung des Lohnniveaus der untersten Schichten der Industriearbeiterschaft, an eine planmässige Bodenreform, die wenigstens nach und nach dem landlosen Landarbeiter ein Stück eigenen Bodens bringen sollte. Alles Reformen, die durchaus innerhalb des Rahmens des Fortschritts bleiben, der in den fortgeschritteneren Ländern Europas längst verwirklicht ist.

Aber bevor man an die Tat gehen konnte, musste man zwei Hindernisse hinwegräumen, die das Krebsübel Spaniens bilden: man musste die verrottete Beamtschaft reorganisieren, um einen arbeitsfähigen Verwaltungsapparat zu erhalten, man musste die Armee aus einem Versorgungshaus hoher Offiziere zu einem schlagfertigen Werkzeug der Landesverteidigung machen.

Die phantastisch hohe Anzahl der Staatsbeamten ist in Spanien seit vielen Jahrzehnten sowohl eine furchtbare Belastung des Staatshaushalts, als auch ein Hindernis ernsthafter Arbeit der Verwaltung. Man erzählt von Beamten, die nur ein Mal im Monat in ihrem Bureau erscheinen, nämlich am Monatsletzten, um ihr Gehalt in Empfang zu nehmen. Der spanische Diktator Primo de

Rivera soll einmal die kühne Idee gehabt haben, alle Beamten zu nötigen, an einem Tag in ihren Bureaus zu erscheinen. Das Ergebnis sei fürchterlich gewesen. Es habe nicht einmal genügend Stühle in den Ministerien gegeben, um die Sitzgelegenheiten der Beamten aufzunehmen. Zahllose Leute, die einen sonstigen Hauptberuf hatten, hätten sich bei dieser Gelegenheit als «nebenberufliche» Staatsbeamte herausgestellt...

Es ist wahrscheinlich das einzige Verdienst des Diktators gewesen, dass er versuchte, dieses Heer von Parasiten wieder zu richtiger Arbeit zu zwingen. Aber die Republik übernahm noch einen gewaltigen Ueberschuss. Ihre Versuche, diesen Apparat auf ein vernünftiges Mass zu reduzieren, brachten ihr den Widerstand der in ihren arbeitslosen Einkommen bedrohten Beamten.

Eher noch schlimmer stand es mit dem spanischen Heer. Die hohen spanischen Offiziere haben durch viele Jahrzehnte das Heer als eine Art Privateigentum angesehen, das sie zur Durchsetzung ihrer politischen Pläne benutzen konnten. Die Militärverschwörung, das «Pronunciamiento», die Ersetzung der Regierung durch eine neue, den hohen Offizieren gefälligere, die Geheimtruppen unter den Offizieren, die «Juntas», sie sind seit langem ein ständig wiederkehrendes Merkmal der spanischen Politik. Die analphabetischen Soldaten sind ein gefügiges Werkzeug ihrer Offiziere. Immer wieder ereignete sich das gleiche: eines Tages besetzt das Militär die Bahnhöfe und die Ministerien, die erschreckten Minister retten sich nach Paris oder nach Portugal, man ruft den Alarmzustand aus, der dem Militär die obersten Verwaltungsbefugnisse erteilt, man setzt eine neue Regierung ein. Madrid erwacht und nimmt mit Gleichmut von der über Nacht vollzogenen Regierungsänderung Kenntnis. Es ist eine lange Reihe von Namen, die da aus den letzten Jahrzehnten auftauchen: die Generäle Espartero, O'Donnell, Ramon Narvaez, Pavia, Martinez Campos, Prim, Rafael de Riego, Ros de Olano usw., usw. Der letzte in dieser Reihe war bisher Primo de Rivera und sein Nachfolger Berenguer. Andere wollen heute ihre Erbschaft antreten...

Eine der Wurzeln dieser ständigen Uebergriffe der Armee in die Politik war durch lange Zeit die völlige Gleichgültigkeit der grossen Massen gegenüber dem politischen System: die Regierungen wechselten, sonst aber blieb alles beim alten. Mit Fug und Recht konnte man auf das damalige Spanien das Wort sagen: Plus ça change, plus c'est la même chose! (Je mehr es sich ändert, umso mehr bleibt es beim alten.) Man erhitzte sich daher sehr wenig, wenn an Stelle des Sennor soundso ein anderer Soundso Ministerpräsident wurde.

Die zweite Wurzel aber ist die ungeheure Zahl der hohen Offiziere. Generäle, die ein paar hundert Mann, Hauptleute, die zehn oder zwanzig Mann kommandieren, Bureauoffiziere, die die Rekruten überhaupt nie zu Gesicht bekommen. In ihrer vielen freien Zeit treiben sie Politik. Wer ihnen diese Musse nehmen wollte, wäre ihr Todfeind. Die Republik versuchte es. Dieselben Offiziere, die Franco, Queipe de Llano, die unter der Monarchie Militärputsche vorbereitet hatten, um die Republik zum Siege zu führen, wurden nun ihre Todfeinde, da sie ihre Vorrechte bedrohte...

An diesen beiden Feinden ist die Linke, die die Mehrheit des konstituierenden Parlaments stellte, zuschanden geworden. Von den grossen Reformen, die sie plante, blieb das meiste auf dem Papier. Die Agrarreform kam praktisch nicht über die Amtsstube der Ministerien hinaus. Die Alterspensionen erreichten den Satz von einem Peseta im Tag, etwa 40 Centimes. Die grossartig angekündigte Staatsbeihilfe für schwangere Mütter betrug knapp 20 Schweizerfranken.

Weit folgenschwerer noch als diese Enttäuschung war aber der innere Bruch der republikanischen Front. *Lerroux*, der Führer der radikalen Partei, ein Mann, der durchaus der Typus des alten, vorrevolutionären, korrupten Politikers war, ging mit Mann und Wagen zur Rechten über. Damit war die Mehrheit nach rechts verschoben. Nach zweijähriger Regierungszeit der Linken, kam wieder die Reihe an die Rechte. Neuwahlen bestätigten die Verschiebung nach rechts. Drei Vertreter der halbmonarchistischen Partei der «Ceda» traten in die Regierung ein. Die spanischen Arbeiter, die nach den Ereignissen in Deutschland und vor allem in Oesterreich in der Regierungsbeteiligung der «Ceda» das Signal zum Sieg des Fascismus in Spanien erblickten, schritten zum Aufstand. (Oktober 1934.) Er wurde nach schweren Kämpfen, die besonders im asturischen Bergbau viele Opfer forderten, niedergeworfen.

Der Oktoberaufstand war zweifellos vom demokratischen Standpunkt aus unberechtigt. Die Wahlen hatten eine Rechtsmehrheit im Parlament ergeben. Die Rechte, deren Führer Gil Robles war, konnte daher mit Fug und Recht die Beteiligung an der Regierung verlangen. Die Arbeiter dagegen, die ein halbes Jahr zuvor den Sieg des Fascismus in Oesterreich erlebt hatten, meinten, der Regierungseintritt der Rechtsparteien werde der Demokratie ein Ende setzen. Wie stark diese Stimmung war, zeigt die Tatsache, dass es der Polizei und dem Militär nicht gelang, den Aufstand

niederzuwerfen. Man musste Fremdenlegionäre und eingeborene Truppen aus der spanischen Kolonie Marokko holen.

Die Kämpfe vom Oktober 1934 wurden zu einem geschichtlichen Wendepunkt für Spanien. Es wird behauptet, die Fremdenlegionäre und die Mauren aus Marokko hätten furchtbare Greuelthaten in Asturien verübt. Angesehene, durchaus bürgerlich gesinnte Gelehrte und Richter haben diese Anklage erhoben. Sie ist wahrscheinlich zutreffend. Aber ob sie nun zutreffend ist oder nicht — sie wurde geglaubt und brachte den Hass weiter Kreise gegen das System, das solches zuließ, das Farbige gegen Weisse, Marokkaner gegen Spanier mobilisiert hatte, zum Weissglühen. Obwohl niedergeworfen, war der Oktoberaufstand letzten Endes siegreich. Die siegreichen Rechtsparteien vermochten ihren Erfolg nicht auszunützen. Die Volksstimmung wandte sich gegen sie.

Dazu trugen auch nicht wenig die schweren Fehler bei, die die Rechtsparteien nach dem Oktoberaufstand begangen. Auf dem flachen Land wurden die Löhne der Landarbeiter, die unter der Republik ein wenig erhöht worden waren, wieder auf ihren tiefsten Stand gedrückt. Es wird berichtet, dass vereinzelt bis auf 1.50 Peseten pro Arbeitstag (etwa 60 Centimes) gegangen wurde. Um die Unruhe bei den Arbeitslosen zu bekämpfen, kündigte die Regierung grossartig an, sie werde zwei Milliarden Peseten für sie flüssig machen. Nach langem Hin und Her blieben von den zwei Milliarden aber nur mehr zweihundert Millionen übrig, von denen zwei, bare zwei Millionen für die Unterstützung der nach amtlichen Angaben rund 800,000 Vollarbeitslosen dienen sollten, während beispielsweise für Subventionen an Unternehmer 108 Millionen aufgewendet wurden.

Die Massen hatten das Gefühl, sie würden von der Regierung ungerecht, als Bürger zweiten Ranges behandelt. Viele Kleinbürger, Leute, die durchaus konservativ eingestellt waren, teilten diese Meinung. Der linksbürgerliche Parteiführer *Azaña* wurde zum Symbol des Abwehrkampfes der Linken. Bei den Wahlen vom 16. Februar 1936 kam diese Massenstimmung zum Durchbruch. Die Linke, die Volksfront, erhielt die grosse Mehrheit der Parlamentsmandate. Die Rechte wurde schwer geschlagen, so schwer, dass ihr Führer Gil Robles in den Hintergrund gedrängt wurde.

#### IV. Die Volksfront.

Die bei den Wahlen siegreiche Linke war ein Wahlbündnis verschiedener Parteien. Sie umfasste bürgerlich-demokratische Parteien, die unter der Führung von *Azaña* und *Martinez Barrio*

stehen. Den Kern bildet die sozialistische Partei, deren Führer *Besteiro*, *Prieto* und *Caballero* sind. Dazu traten die Kommunisten, die in Spanien nur eine kleine Partei ohne grössere Bedeutung sind. Sie hatten bei den Wahlen 15 Mandate von insgesamt 474 erhalten. Nicht im Parlament vertreten, aber am Wahlsieg der Volksfront durch ihre Stimmabgabe stark beteiligt, waren auch einzelne Gruppen der Anarchisten.

Es war also ein recht buntes Bild. Geeint war die Volksfront eigentlich nur in zwei Punkten: dem Widerstand gegen die diktatorischen Pläne der Rechtsparteien und der Forderung nach der Amnestie für die 30,000 Anhänger der Linken, die seit dem Oktober-Aufstand in Haft gehalten wurden.

Die führende Persönlichkeit der Linken ist unzweifelhaft *Azaña*. Ein fortschrittlich gesinnter Demokrat, Arbeiterfreund, aber ein Gegner des Marxismus. Er lehnt die Theorie des Marxismus ab. Er glaubt nicht an die marxistische Auffassung, dass in letzter Linie der Geschichtsablauf durch wirtschaftliche Tatsachen und Interessen bestimmt werde. Aber er gehört nicht zu jenen, die unter dem Vorwand des Kampfs gegen den Marxismus die Arbeiter bekämpfen. Er will ein fortschrittliches, sich der sozialen Gerechtigkeit annäherndes, modernes, demokratisches Spanien. Nach dem Wahlsieg der Volksfront war *Azaña*, der während des Wahlkampfes der Hauptredner der Linken gewesen war — bei einzelnen seiner Versammlungen waren hundertfünfzigtausend Menschen anwesend — der Ministerpräsident der neuen Regierung. Als der bisherige Präsident *Alcala Zamorra* vom Parlament zum Rücktritt veranlasst wurde, war *Azaña* sein gegebener Nachfolger. Er ist so eigentlich der Repräsentant des neuen Spaniens. Seine Rechtlichkeit, seine persönliche Sauberkeit zählen in diesem Land der politischen Korruption besonders hoch. Sie haben ihm sogar bei seinen Gegnern Ansehen gesichert.

Aber wenn die bürgerlich-demokratische Linke mit *Azaña* und neben ihm *Martinez Barrio* auch die führenden Persönlichkeiten der Volksfront stellt, die grosse Masse der Linkswähler stammt in erster Linie aus den Reihen der sozialistischen Partei und den mit ihr verbündeten Gewerkschaften. Zweifellos hat gerade die persönliche Anziehungskraft *Azañas*, der eine wirkliche Führerpersönlichkeit ist, der Volksfront zahlreiche Stimmen aus bürgerlichen Kreisen verschafft, die in ihm etwas Neues erblicken, das das alte korrupte und unfähige Spanien von gestern überwinden und modernen Grundsätzen Raum gewähren wird. Dennoch ist das Rückgrat der Volksfront die Arbeiterschaft, schon deshalb, weil

sie die grösste organisatorische Kraft der Linken, vielleicht neben der katholischen Kirche, des ganzen Landes darstellt.

Die Sozialistische Partei Spaniens war bis vor kurzem eine äusserst gemässigte Partei. Ihr Gründer, Pablo Iglesias, der nach seinem Tode fast als Nationalheiliger verehrt wurde, war kein Marxist. Er wollte den Sozialismus nicht auf wirtschaftlichen Ideen, sondern auf sittlichen Forderungen aufbauen. In den ersten Jahren der Republik stand die gesamte Führung der sozialistischen Partei auf sehr gemässigtem Boden; sie wollte die Zusammenarbeit mit dem demokratischen Bürgertum, sie wollte innerhalb des Rahmens der gegebenen Wirtschafts- und Eigentumsverhältnisse soziale Reformen zugunsten der Arbeiter in Stadt und Land durchführen, sie bejahte ohne Vorbehalt die demokratische Republik. Largo Caballero, heute der Führer des radikalen Flügels der Partei, war damals Arbeitsminister und hat in dieser Eigenschaft einige sehr vorsichtige und massvolle Reformen durchgeführt. Aus den Reihen der Gewerkschaften hervorgegangen, war er an mühselige Verhandlungen und allmähliches Vorwärtsschreiten durchaus gewöhnt. Er gehörte damals zu den erbittertsten Gegnern der «Stürmer und Dränger» auf der Linken.

Nachdem die republikanischen Parteien durch den Abfall Lerroux von der Macht verdrängt worden waren, begann bei Caballero eine deutliche Wandlung. Er war von der Zusammenarbeit mit den demokratischen Parteien des Bürgertums enttäuscht. Aus den einstigen Bundesgenossen waren nun Feinde geworden, die sich im Kampf gegen die sozialistische Partei mit den eben gestürzten Monarchisten verbündeten. Dieses Erlebnis radikalisierte Caballero. Er begann mit einem Propagandafeldzug, in dem er sich auch für die Zukunft gegen jede sozialistische Regierungsbeteiligung aussprach, gegen die Zusammenarbeit mit dem Bürgertum überhaupt.

Wirksam werden konnte diese Propaganda aber erst, als der Oktober-Aufstand auch die Massen radikalisierte. Das Blutbad von Asturien blieb unvergessen. Caballero, der für die Einheitsfront der Arbeiter warb, der den Verrat Lerroux an der Republik geisselte, der von kommender Rache sprach, fand nun aufnahmebereite Ohren. Zwischen ihm und Indalecio Prieto, dem Führer des gemässigten Flügels der sozialistischen Partei, kam es zu heftigen Auseinandersetzungen.

Prieto hielt auch nach den Erfahrungen des Oktober-Aufstandes an der Zusammenarbeit mit dem demokratischen Bürgertum fest. Sprach Caballero von den kommenden grossen Entscheidungskämpfen um das Schicksal der Republik, so verwies Prieto

auf die grossen Möglichkeiten, die innerhalb der demokratischen Republik auf gesetzmässige Weise zugunsten der arbeitenden Bevölkerung in Stadt und Land eröffnet werden könnten. Prieto wurde unterstützt von dem Führer der asturischen Bergarbeiter, Gonzales Peña, der die Zusammenarbeit mit den Kommunisten ablehnte oder zumindest ihretwillen nicht die Verbindung zum demokratischen Bürgertum aufgeben wollte.

Das Hauptproblem der Auseinandersetzungen zwischen Radikalen und Gemässigten innerhalb der sozialistischen Partei war aber die Frage der Anarchisten.

In keinem Lande Europas sind die anarchistischen Ideen so stark verbreitet wie in Spanien. Die anarchistische Partei und die mit ihr verbündeten anarchistischen Gewerkschaften (Confederacion Nacional, zum Unterschied von der den Sozialisten verbündeten Union General) lehnen den Parlamentarismus und die politische Aktion der Arbeiter ab. Sie glauben nur an die «direkte Aktion», den revolutionären Generalstreik, durch den die Werktätigen die Macht erobern, um nach den Grundsätzen von Bakunin, dem grossen Gegner von Marx, ein freiheitliches System zu begründen, das auf der Selbstverwaltung der Gemeinden beruhen soll. Wer erkennt in diesen Gedankengängen nicht das Misstrauen der betrogenen Wähler gegen die korrupten Politiker? Und in welchem Lande wäre solches Misstrauen berechtigter als in Spanien, dem klassischen Boden der politischen Korruption?

Die anarchistische Bewegung stellt in Spanien eine nicht zu unterschätzende Kraft dar. In Katalonien, seiner Hauptstadt Barcelona, im nordwestlichen Industriegebiet um Bilbao, haben die Anarchisten die Mehrheit oder wenigstens starke Minderheiten der Industriearbeiterschaft für sich gewonnen. Sie sind für jede ordnungsgemässe Verwaltung, sei sie nun rechts oder links eingestellt, ein ernstes, zeitweise kaum lösbares Problem. Ihre Anhänger sind zum grossen Teil persönlich tapfere Männer, die weder ihr eigenes noch fremdes Leben achten. Der Massenstreik ist für sie nicht bloss eine Waffe, sich höhere Löhne oder sonstige wirtschaftliche Vorteile zu erkämpfen, sondern zugleich auch eine Vorbereitung für die entscheidenden Auseinandersetzungen im Kampf um die Macht. So werden sie zur Quelle ständiger Streikunruhen, die das Wirtschaftsleben des Landes erschüttern, seine schwache Industrie bedrohen und oft auch gerechten Ansprüchen der Arbeiter schliesslich die Sympathien der Öffentlichkeit entfremden. Die ewigen Streiks, verbunden mit häufigen blutigen Zwischenfällen, haben sehr viel dazu beigetragen, in der Öffentlichkeit die Sehnsucht nach einer starken autoritären Führung erwachen zu lassen,

die um jeden Preis Ordnung schaffe und das Funktionieren der wichtigsten öffentlichen Dienste sicherstelle.

Die Anarchisten waren auch für die Linksregierungen ein ernstes Problem. Zwar war es gelungen, bei den Wahlen vom Februar 1936 einen grossen Teil der anarchistischen Anhänger entgegen den Weisungen ihrer Führer zur Stimmabgabe für die Volksfront zu gewinnen. Während des Oktober-Aufstandes waren auch Tausende von Anarchisten verhaftet und zu schweren Strafen verurteilt worden. Die Volksfront hatte die Amnestie auf ihre Fahne gesetzt. Um der Amnestie willen wurden viele Anarchisten ihren Grundsätzen, die ihnen die Teilnahme an einer Wahl untersagen, untreu und wählten die Kandidaten der Volksfront. Aber wichtiger noch war es, die Anarchisten von der Fortsetzung ihrer rücksichtslosen Streiktaktik abzubringen. Caballero setzte seine Hoffnungen auf die Herstellung einer Einheitsfront zwischen den beiden Gewerkschaftsverbänden. Er hoffte, auf diese Weise die Anarchisten zur Disziplin zu überreden und damit die reibungslose Regierungstätigkeit der Linken sichern zu können. Um die Anarchisten für eine solche Einheitsfront gewinnen zu können, musste er den Kurs der Gesamtbewegung nach links werfen. Prieto hielt diese Versuche für hoffnungslos. Er glaubte nicht an die Möglichkeit der sozialistisch-anarchistischen Zusammenarbeit, obwohl tatsächlich bei den Anarchisten infolge der Taktik Caballeros heftige Konflikte ausbrachen, und ein Teil sich von der Hauptmasse trennte.

Hinter dem anarchistischen Problem tritt das kommunistische in Spanien weit zurück. Die spanischen Kommunisten sind eine kleine Partei — 15 Mandate von 474 im Parlament — die überdies durch eine Spaltung in Anhänger Trozky's und Anhänger Stalins sehr geschwächt ist. Ihre Führung ist überdies nicht sonderlich intelligent.

Die Gegensätze innerhalb der sozialistischen Partei spitzten sich im Laufe dieses Jahres immer mehr zu. Caballero hielt revolutionäre Reden, in denen er den bewaffneten Entscheidungskampf für unausweichlich erklärte. Prieto versuchte mit allen Mitteln, dieser Propaganda entgegenzuwirken. Es kam schliesslich so weit, dass in einer Versammlung jugendliche Anhänger Caballeros auf Prieto und Peña feuerten.

Bis vor wenigen Monaten ging die Entwicklung innerhalb der sozialistischen Partei deutlich zugunsten Caballeros, der vermutlich bereits über die Mehrheit innerhalb der Partei verfügte. Dann aber kam es zu einem Rückschlag. Das Vorgehen der Anarchisten stiess die Massen ab. Sie fluteten zu Prieto zurück. Im Oktober sollte der entscheidende Parteikongress stattfinden. Er hätte bei

normalem Verlauf der Dinge Prieto unzweifelhaft die Mehrheit in der Partei gesichert.

Die sozialistische Partei war durch diese inneren Kämpfe fast völlig gelähmt. Das musste auch auf die Regierung selbst zurückwirken. Infolge der Opposition Caballeros war die sozialistische Partei in der Regierung nicht vertreten, die sich ausschliesslich aus Vertretern der bürgerlich-demokratischen Linken zusammensetzte. Trotzdem war das Schicksal der sozialistischen Partei für die Regierung von entscheidender Bedeutung. Sie war die grosse Stütze, das Rückgrat der Volksfront. Ihre Lähmung musste auch die Regierung bewegungsunfähig machen. Der Oktober-Kongress wurde auch von der Regierung sehnlich erwartet, die Lösung der sozialistischen Parteikrise war die Voraussetzung für die Handlungsfähigkeit der Volksfront-Regierung.

## V. Die Rechtsparteien.

Während sich die Linke im Bruderkrieg selbst zerfleischte, und die Volksfront-Regierung schon bald nach den siegreichen Wahlen aktionsunfähig wurde, vollzog sich auf der Rechten der umgekehrte Vorgang. Alle Fraktionen, alle Gruppen auf der Rechten schlossen sich, wenn auch ohne formelle Abkommen, zu einer Art Einheitsfront zusammen.

Von der radikalen Partei Lerroux war nach den Neuwahlen nicht mehr viel übrig geblieben. Der Uebergang Lerroux zur Rechten, die zahllosen Korruptionsaffären, die sich mit dem Namen seiner Partei verbanden, die Abspaltung einer Linksgruppe unter Martinez Barrio, liessen die Partei, die vorher die zweitstärkste des Parlaments gewesen war, zu einem winzigen Häuflein herabsinken. Die stärkste Partei auf der Rechten blieb die «Ceda», eine Gruppierung mehrerer Fraktionen von Agrarinteressenten unter katholischer Führung. Gil Robles, ihr Vorkämpfer, wurde freilich infolge des für die Rechte so enttäuschenden Wahlausganges auf die Seite geschoben. Der Monarchist Calvo Sotelo trat in den Vordergrund.

Die parlamentarische Vertretung der Rechten ist bei den letzten Wahlen sehr stark reduziert worden. Das Volk hatte gegen sie entschieden. Die Volksfront beherrschte das Parlament. Aber wenn auch die Rechte im Parlament nicht mehr starken Einfluss besass, so hatte sie ausserhalb des Parlaments Kraftquellen von nicht zu unterschätzender Bedeutung.

Da sind an erster Stelle die *Grossgrundbesitzer*. Sie fühlen sich durch den Wahlsieg der Volksfront unmittelbar bedroht. Hat auch die erste Linksregierung nach der Aufrichtung der Republik mit der Bodenform nicht Ernst gemacht, so ist die neue Regierung, durch die Erfahrung belehrt, unzweifelhaft entschlossen, die Bodenreform rasch durchzuführen. Selbst wenn die Regierung nicht wollte, die Massen würden sie dazu zwingen. An verschiedenen Stellen sind in der Tat die bodenhungrigen Bauern dazu übergegangen, die Bodenreform selbst, ohne behördliche Erlaubnis, durchzuführen. Aus der Provinz Badajoz sind verschiedene derartige Meldungen schon bald nach dem Wahlsieg der Volksfront eingetroffen. Die Bauern mehrerer Gemeinden versammelten sich auf dem Marktplatz, zogen vereint auf das Gut des Grossgrundbesitzers und steckten die Grenzen der Parzellen ab, deren Zuteilung an sie sie für gerecht und billig hielten. Sie waren nicht mehr bereit, auf die so langsam funktionierende Verwaltungsmaschine zu warten. Zu Blutvergiessen kam es dabei nirgends. Die Bauern zogen fröhlich und unter Hochrufen auf die Republik wieder nach Hause zurück, in der Hoffnung, die Behörden würden nun ihr Vorgehen rasch gesetzlich anerkennen. Für die Grossgrundbesitzer im ganzen Land musste das Vorgehen der Bauern allerdings alarmierend wirken. Freilich darf das Ausmass dieser selbständigen und ungesetzlichen « Bodenreform » nicht überschätzt werden. Aber auf die Zahl kam es gar nicht an, das blosses Beispiel war für die Grossgrundbesitzer ein Alarmsignal — sie bereiteten sich auf den Entscheidungskampf vor.

Ebensosehr wie auf die Grossgrundbesitzer konnten sich die Rechtsparteien auch auf ihre *Generalpächter* und Unterpächter stützen, die den tiefen Löhnen aus den zwei Regierungsjahren der Rechtsparteien mit ihren Riesenprofiten nachtrauerten. Da und dort mag diese Trauer sogar wirtschaftlich nicht immer völlig unbegründet gewesen sein: um der Arbeitslosigkeit der Landarbeiter zu steuern, wurden gelegentlich die Pächter genötigt, mehr Landarbeiter einzustellen und ihnen höhere Löhne zu zahlen, als ihnen vernünftigerweise zugemutet werden konnte. Dem Exzess der vorangegangenen Riesenprofite entsprangen gelegentlich Exzesse nach der umgekehrten Seite. Die Pächter, die sich als Vertreter des Grossgrundbesitzers fühlten, standen auf der Seite der Rechten.

Da sind weiter die *industriellen Unternehmer*. Die siegreiche Volksfront hatte sie gezwungen, die Arbeiter, die nach dem Oktober-Aufstand ihrer politischen Gesinnung wegen entlassen worden waren, wieder in die Betriebe einzustellen. Das dürfte ein grosser

Teil der Unternehmer verstanden haben. Man zwang sie aber ausserdem noch dazu, diesen Arbeitern die Löhne für die Zwischenzeit nachzuzahlen. Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen waren an der Tagesordnung. Auch das wäre noch zu ertragen gewesen, hätten nicht die Anarchisten durch ständige Streiks den Unternehmern schweren Schaden gebracht. Vor allem aber hielten sich die Unternehmer durch die politische Tendenz vieler Streiks für bedroht.

Da sind die *Financiers*. Je rückständiger ein Land ist, je schwächer seine Industrie, um so stärker pflegen die Finanzkapitäne zu sein. In einem so kapitalarmen Land wie Spanien, üben sie geradezu eine tyrannische Diktatur über die Wirtschaft aus. In einem so korrupten Land wie Spanien, sind sie gewohnt, ihren Profit durch Bestechung zu sichern. Der persönlich saubere, allen dunklen Einflüssen unzugängliche Azaña und die von ihm geführte Volksfront machten diesem Spiel ein Ende. Die Herren vom Schlage Juan *Marchs*, des Multimillionärs, der sein Geld zu allen erdenkbaren lichtscheuen Geschäften verwendete, mussten den neuen Herren spinnefeind sein. Sie stellten ihre Millionen den Rechtsparteien gerne zur Verfügung. Das war für sie nichts anderes als ein Spekulationsgeschäft. Der Sturz der Volksfront musste ihnen ihr Geld mit Zins und Zinseszins zurückbringen.

Da sind die *Militärs*. Wir haben davon gesprochen, in welcher phantastischen Ueberzahl die hohen und höchsten Offiziersposten in Spanien besetzt sind. Sehr viele dieser hohen Offiziere waren Todfeinde der Republik, von der sie ihr Gehalt bezogen. Sehr vielen von ihnen lag das Verschwörertum im Blut. Sie hatten gegen die Monarchie konspiriert, sie verschworen sich nun gegen die Republik. Vor allem war die Fremdenlegion in Marokko zum Hort der monarchistischen Offiziere geworden: die Republik hatte in ihren ersten Jahren zahllose politisch verdächtige Offiziere nach Marokko versetzt, wo sie weiter Dienst tun und ihre Verschwörungen fortsetzen konnten. Die Offiziere, die den Oktoberaufstand niedergeworfen hatten, mussten sich ganz besonders vor den neuen Herren fürchten. Gegen viele von ihnen war die Anklage erhoben worden, dass sie unnötige und ungesetzliche Grausamkeiten begangen hätten. Unter den Rechtsregierungen blieben solche Anschuldigungen ohne Folge. Würde die neue Regierung nicht am Ende solche Dinge ernster nehmen als ihre Vorgänger? Die Offiziere mussten überdies damit rechnen, dass Azaña, der als Kriegsminister im Jahre 1931 mit dem Abbau der überflüssigen Offiziers-

stellen begonnen hatte, als Ministerpräsident und später als Präsident der Republik dieses Werk fortsetzen werde. Die hohen Offiziere standen in ihrer überwiegenden Mehrheit auf der Seite der Rechten. Und wenn in Spanien der Offizier kommandiert, pflügt der Rekrut zu marschieren, ohne lange zu fragen.

Da sind die *Monarchisten*. Sie sind in Spanien in zwei Gruppen gespalten, die sich gegenseitig erbittert bekämpfen: in die Anhänger des 1931 vertriebenen Königs Alphons und in die Carlisten, die einen Abkömmling des einstigen Herrscherhauses von Navarra auf den Thron setzen wollen. Die Carlisten haben schon wiederholt Aufstandsversuche unternommen und Bürgerkriege entfesselt. Sie zählen in der Landschaft Navarra viele Zehntausende von Anhängern, die gut bewaffnet und einexerziert eine nicht zu unterschätzende Hilfstruppe für das Militär bilden. Die carlistischen «*Requeten*» haben im Verlauf des jetzigen Bürgerkriegs die Situation in Nordspanien für die Aufständischen gerettet. Die Anhänger Alphons sind weit weniger gut organisiert; sie verfügen dagegen über reichliche Geldmittel.

Da sind die «*Phalangisten*». Der Sohn des gestürzten Diktators Primo de Rivera, ein junger Mann namens José Antonio *de Rivera*, hat diese Organisation vor ein paar Jahren ins Leben gerufen. Es ist eine rein fascistische Organisation, die sich ausdrücklich auf das Vorbild Mussolinis und Hitlers beruft. Bis vor kurzem hat die «*Phalanx*» zahlenmässig nur eine sehr geringe Bedeutung gehabt und ausser ein paar Aristokratensöhnen nur einen Teil der studentischen Jugend erfassen können. Erst mit dem Ausbruch des Bürgerkrieges sind ihr grössere Mitgliederzahlen zugeströmt. Sie übt innerhalb der Rechten aber einen weit grösseren Einfluss aus, als ihr auf Grund ihrer zahlenmässigen Stärke zukäme.

Da sind schliesslich *Kleinbürger*, die von den ständigen Streikunruhen in die Arme der Rechten getrieben werden. Es sind unzweifelhaft auch Leute gut demokratischer Gesinnung dabei, die bereit wären, jegliche, auch sozialistische Ordnung in Kauf zu nehmen, wäre es nur überhaupt eine Ordnung. Die Zeiten stürmischer sozialer Kämpfe aber sind für sie unerträglich. Sie würden einen starken Führer auf der Linken ebenso willkommen heissen, wie einen starken Mann der Rechten.

Das einigende Band aber aller dieser Gruppen der Rechten bildet die *katholische Kirche*.

Ueber ihre Rolle einige Worte.

Zu den schwersten Vorwürfen, die man den spanischen Republikanern macht, gehört dieser, dass sie die katholische Kirche bekämpfen, dass sie gegen Kirchen mit Mord und Brand vorgehen, dass sie religionslos seien und den Atheismus verbreiten wollen.

Die katholische Kirche Spaniens ist vom schweizerischen Katholizismus ebenso unterschieden, wie Spanien von der Schweiz überhaupt. Durch lange Jahrhunderte war sie unumschränkte Herrin des Landes. Von der heiligen Inquisition bis zu der Rede Alphons XIII., der dem Papst sein Volk für einen neuen Kreuzzug gegen die Ungläubigen anbot, hat die katholische Kirche eine absolute Herrschaft über Spanien ausgeübt. Erst die republikanische Revolution von 1931 hat dem sehr vorsichtig und sehr zaghaft ein Ende zu setzen versucht.

Was die republikanische Regierung auf dem Gebiet der Religionsreform tat, geht keineswegs über das hinaus, was in der Schweiz seit langem geltendes Recht ist. Man höre: der Jesuitenorden wurde aufgelöst; es wurde die Scheidung der Ehe für möglich erklärt — bis dahin waren katholische Ehen unauflösbar; es wurde der öffentliche Schulunterricht eingeführt, während bisher fast ausschliesslich in katholischen Privatschulen Unterricht erteilt wurde. Das sind Reformen, die der an ihre Herrschaft gewohnten katholischen Kirche furchtbar und unerträglich erscheinen mussten. Immer und überall hat sie solchen Reformen Kampf angesagt. Aber es sind Dinge, die auch in der Schweiz seit langem geltendes Recht sind, ohne dass man deswegen die Schweiz als Land der Gottlosen bezeichnen könnte.

Die katholische Kirche war in Spanien von jeher mit den Herrschenden verbündet. Sie hat ihrer Herrschaft die geistliche Weihe gegeben. So ist sie aber auch den Massen als Bundesgenossin des absoluten Königtums, der Grossgrundbesitzer, der Ausbeuter schlechthin, erschienen.

Wir führen einen unverdächtigen Zeugen an, dem gewiss niemand Gottlosigkeit vorwerfen wird, den Schweizer *Pastor Fliedner* in Madrid, ein Mann, der von Jugend auf in Spanien gelebt hat und ein gut bürgerlich denkender Mensch ist. Er schreibt in einem Bericht aus Madrid: «*In diesem Lande ist die Römische Kirche von jeher in den Augen des Volkes der Inbegriff aller Tyrannei und die mächtige Beschützerin der wirtschaftlich und sozial herrschenden Oberschicht gewesen, und das stimmt leider nur zu sehr.*»

Die katholische Kirche ist aber in Spanien selbst eine Gross-

unternehmerin. Der *Jesuitenorden* besass im Augenblick, da die Republik ihn des Landes verwies, folgende Vermögenswerte:

- 8 Banken;
- 35 industrielle Grossunternehmungen;
- 1 Radio-Sendestation;
- 1 Nachrichtenagentur;
- 60 Zeitungen;
- zahlreiche Kinos und Theater.

Aehnlich, wenn auch nicht immer ganz so bemittelt, sind die meisten anderen Orden und Klöster. Sie verfügen über riesigen Grundbesitz, der nach den gleichen Grundsätzen verwaltet und ausgebeutet wird wie der der feudalen Granden. Wenn sich die Landarbeiter, die frommen, katholischen Landarbeiter für einen höheren, erträglichen Lohn wehren, dann müssen sie, mögen sie es nun wollen oder nicht, mit der Kirche in Konflikt geraten, die selbst eine Grossgrundbesitzerin ist.

Es gibt sehr bedeutende, sehr einflussreiche Kreise der katholischen Kirche, die die spanischen Kirchenfürsten nur mit Missvergnügen am Werke sahen, überzeugt, dass deren unglaubliche Rückständigkeit, ihr Denken, als ob wir noch tief im Mittelalter stünden, schliesslich eine Katastrophe herbeiführen müsse.

Die katholische Kirche ist in Spanien in den politischen Kampf des Alltags eingetreten. Vor den letzten Wahlen wurde beispielsweise in der Diözese Tarragona ein Manifest der Kirche zu den Wahlen veröffentlicht, in dem die katholischen Gläubigen aufgefordert wurden, für die « Kandidaten der Ordnung » zu stimmen — unter diesem Namen trat die Liste der Rechtsparteien auf. Wer sich in den politischen Kampf begibt, muss damit rechnen, dass er ebenso behandelt wird wie irgendein anderer politischer Gegner.

Aber bei Manifesten zu den Wahlen blieb die katholische Kirche in Spanien leider nicht stehen. Ihre Kirchen wurden zu Versammlungslokalen der fascistischen Jugendverbände (berichtet Pastor Fliedner) und schliesslich während des Aufstands zu Munitionsdepots der Aufständischen. Die englische katholische Zeitung « *The Universe* » vom 7. August berichtet wörtlich, dass « verschiedene Kirchen von den Gegnern der Roten als Munitionsdepots benutzt wurden » (that several churches have been used by the Anti-Reds as ammunition dumps). Munitionsdepots werden im Kampf in die Luft gesprengt. Das war schon im Weltkrieg so, wo keine der beteiligten Mächte anti-katholisch war, das ist erst recht so im Bürgerkrieg.

Wie wenig die sogenannten « Roten » anti-katholisch sind, zeigt der Bericht eines anderen englischen Beobachters, Mr. Horsfall Carter, der erzählt (*Foreign Affairs*), bei einer katholischen Prozession in Sevilla habe ein führender Kommunist ausgerufen: « Ich bin ein Kommunist, aber wenn jemand die heilige Jungfrau anrührt, dann töte ich ihn! » Kennzeichnender noch ist die Tatsache, dass sehr oft die Mitglieder der Regierungsmiliz vor ihrer Hinrichtung durch die Aufständischen (sie werden nämlich von den Aufständischen nicht gefangengenommen, sondern zu Tausenden hingerichtet) einem Priester verlangen, der ihnen die letzte Kommunion gewähre. So geschah es nach der Eroberung von Badajoz durch die Fremdenlegion, als zweitausend Milizsoldaten hingerichtet wurden.

Nein, mit dem Kampf gegen die Religion hat das, was in Spanien geschieht, nichts zu tun. Wer sich in Spanien gegen die verkommene Herrschaft der Feudalherren, gegen ihre unmenschlichen Ausbeutermethoden, gegen ihr aufreizendes Protzextremum auflehnt, der hat leider die katholische Kirche gegen sich. Er muss gegen Kirchenfürsten kämpfen, die sich, die Lehre Christus verkennend, an die Seite der Mächtigen stellen. Aber er kämpft deswegen nicht gegen Christus und seine Lehre.

Ganz anders ist die Stellung der *protestantischen* Kirche. Auch sie hat unter der Herrschaft der katholischen Kirche nicht wenig zu leiden gehabt. Eine schweizerische Zeitung, die « *Evangelisch-soziale Warte* », berichtet darüber in ihrer Nummer vom 1. September:

« Man denke auch an die Unfreiheit und Geistesknechtung durch Kirche und Thron in Spanien. Noch in neuester Zeit durften evangelische Gottesdienstlokale keine Ankündigungen tragen, kein Türmchen, keine Glocken haben. Erst vor wenigen Jahrzehnten wurde eine evangelische Frau zu entehrender Freiheitsstrafe verurteilt, weil sie gemäss Gottes Wort sagte, dass Jesus Geschwister gehabt habe. Nicht nur im materiellen Elendszustand wurde das Volk gehalten, sondern es wurde in einem geistigen Krüppelzustand gehalten. Glänzende Kirchen und elende Häuser, üppiger Luxus und Schwelgen, und Not in Familien und dem Volke der Arbeit. Dass dieses Volk der Unterdrückten zur Kirche und zu den alten Machthabern kein Vertrauen hat, ja blutigen Hass, ist menschlich durchaus begreiflich. »

Da die englische Kirche mit zu den Opfern des herrschenden Systems gehörte, mit zu denen, die von den Kirchenfürsten der

Römischen Kirche verfolgt wurden, hat sie bei den Unterdrückten stets Achtung und Sympathie gefunden. Pastor *Fliedner* berichtet:

« In allen Unruhen der letzten Jahre sind unsere Schulen und Kirchen unversehrt geblieben. Auch jetzt wieder ist der äussere Bestand der Arbeit, Menschen und Gebäude, von jeder Gewalt unberührt geblieben, abgesehen von einzelnen persönlichen Belästigungen, wo das unwissende Volk die Betroffenen mit denen von der anderen Strassenseite, wie man hier sagt, verwechselt hatte... Die Sozialisten und Kommunisten schicken in Stadt und Land ihre Kinder auf die evangelische Schule und wählen Lehrer und Evangelisten in ihre Gemeinderäte. *So verhasst Rom und seine Diener sind, so gross ist weithin auch die Ehrfurcht vor Christus.* »

Während da und dort katholische Kirchen in Brand aufgingen, teils, weil aus ihnen auf die kämpfenden Arbeiter geschossen wurde, teils weil sie dem unglücklichen Volk als Symbol der Unterdrückung und Ausbeutung erschienen, als ein Gessler Hut, blieben die evangelischen Religionsgebäude völlig unversehrt.

Der Kampf der Regierung gilt nicht der Religion, gilt nicht dem Worte Christus, sondern jenen, die seinen Namen missbrauchen, um Unterdrückung, Unfreiheit und massloses Elend zugunsten einiger Prasser zu rechtfertigen.

Es ist auch nicht richtig, dass etwa die gläubigen Katholiken geschlossen auf Seite der Regierungsgegner stünden, mit den Generälen Hand in Hand gingen. Unter den Regierungsanhängern ist eine grosse Mehrheit von gläubigen Katholiken. Selbst führende katholische Persönlichkeiten haben sich auf die Seite der Republik gestellt.

So hat das führende Mitglied der katholischen Partei, der « Ceda », Senor *Lucia*, der 1935, in der Rechtsregierung, Minister gewesen war, der Vorsitzende der « Derecha Regional Valenciana », der autonomen Rechten von Valencia, unmittelbar nach Ausbruch des Bürgerkrieges der Regierung telegraphisch seine Unterstützung zugesagt.

So sind die *baskischen Nationalisten*, die in der Regierung Largo Caballeros vertreten sind, die in den Kämpfen um Irun und San Sebastian Arm in Arm mit Sozialisten, Kommunisten und Anarchisten gegen die Generäle kämpften, fromme Katholiken.

So hält schliesslich der katholische Priester Don Juan Garcia *Mortales* im Madrider Radio öffentliche Vorträge, die von den Regierungsanhängern mit grösster Sympathie aufgenommen werden. Ein katholischer Priester, der offen für die Sache des Volkes eintritt — ganz so schlimm, wie uns das von der Gegenseite dar-

gestellt wird, kann es um das Christentum der Regierungsleute wohl nicht bestellt sein!

Ist es dagegen Christentum, wenn einer der Generäle, der General Queipe de Llano, im Radio von Sevilla in einer Rede den Milizsoldaten drohte: « Wir werden eure Knochen zermahlen, um daraus Zement für den Wiederaufbau der zerstörten Kirchen zu machen! »

Wahrlich, in diesem Lager steht nicht Christus!

## VI. Der Weg in den Aufstand.

Die republikanische Revolution des Jahres 1931 war ohne Schwertstreich vollzogen worden. Mit Stolz wiesen die Republikaner auf diesen blutlosen Umsturz, auf diese « Revolution mit den reinen Händen ». Aber was die Republik in den ersten beiden Jahren ihres Bestehens für die Arbeiter getan hatte, vorsichtig und oft ohne Gesamtplan, wurde in den beiden schwarzen Jahren, dem « biennio nero » der Rechtsregierungen vom November 1933 bis Dezember 1935 von Grund auf zerstört. Die grossen Herren, die « Senores », waren wieder obenauf und zeigten ihre neu errungene Macht...

Die Volksfront, die im Februar 1936 siegreich aus den Wahlen hervorging, war nicht mehr dieselbe Linke, die 1931 die Revolution durchgeführt hatte. Sie war durch die Erlebnisse der beiden vorangegangenen Jahre erbittert, radikalisiert worden. Sie kannte nun den Gegner, wusste, dass ihr die Grossherzigkeit, die sie 1931 bewiesen hatte, nicht mit gleicher Münze vergolten worden war. Sie wusste, dass der staatliche Machtapparat von heimlichen Gegnern der Republik durchsetzt war, dass im Heer Offiziere konspirierten, um die gesetzliche Regierung umzustürzen, dass die kleinen, aber gewalttätigen Organisationen der Fascisten auf den Augenblick lauerten, um dem österreichischen, dem deutschen und dem italienischen Vorbild zu folgen, die Republik niederzuwerfen, die demokratischen und Arbeiter-Organisationen zu vernichten. Sie wusste, dass die Fürsten der katholischen Kirche bereit waren, solchen Versuchen ihren Segen zu erteilen. Und vor allem hatten sie bei ihren Gegnern gesehen, wie man die Macht gebrauchen muss, wenn man sie besitzt...

Die Monate, die dem Aufstand vorangingen, waren erfüllt von ständigen Zusammenstössen in den Städten. Feuergefechte da und dort. Mordüberfälle der politischen Gegner auf einander. Lange Verlustlisten auf beiden Seiten. Die Hauptträger dieser ständigen,

zermürbenden Zusammenstöße waren die Fascisten auf der einen, die Anarchisten auf der anderen Seite. Die grösste Zahl der Todesopfer stellte die sozialistische Partei. Es gibt nur wenige ihrer Führer, auf die in diesen Monaten nicht ein Attentat verübt wurde, wengleich zum Glück in Spanien nicht immer gut geschossen wird. Fast alle führenden Persönlichkeiten der Linken standen unter Schutzbewachung, teils der Polizei, teils bewaffneter Anhänger aus ihren eigenen Reihen. Mit besonderer Wut richtete sich die Mordlust der Fascisten gegen die Funktionäre der Justiz und der Polizei, die sich an die Seite der Linken stellten, der Republik, in deren Dienst sie standen, auch ehrlich dienen wollten. Auf der anderen Seite übten die Anarchisten ihren Terror gegen jene Arbeiter aus, die sich nicht ihren Organisationen anschliessen wollten. Das waren nicht immer bürgerlich oder fascistisch gesinnte Arbeiter, sondern nicht selten auch Sozialisten, die den freien Gewerkschaften der Sozialisten angehörten.

In diese Stimmung der Unruhe fielen die grossen Streiks, die wichtige Wirtschaftszweige oft wochenlang lahmlegten. Fielen die innern Auseinandersetzungen innerhalb der sozialistischen Partei, die diese und damit die Regierung schwächten, deren entscheidende Stütze sie war. Fiel letztlich die Ermordung des Führers der Rechten, des monarchistischen Abgeordneten Calvo Sotelo.

Die Vorgeschichte dieser Ermordung ist durchaus aufgeklärt. Einige Tage zuvor war ein höherer Funktionär der «Guardia Civil», der Polizei, von Fascisten ermordet worden, als er sich in Begleitung seiner Frau auf dem Heimweg befand. Er gehörte der Linken an; es wird sogar behauptet, er sei Mitglied der kommunistischen Partei gewesen. Die Mörder blieben, wie in den meisten derartigen Fällen, unauffindbar. Da entschlossen sich ein paar Leute aus seiner Polizeiabteilung, auf eigene Rechnung Rache zu üben. Sie wählten dafür Calvo Sotelo. Ein Polizeiauto fuhr vor seinem Hause vor, er wurde verhaftet, abgeführt. Am nächsten Morgen fand man seine Leiche auf dem Friedhof von Madrid. Die Nachricht von dieser Ermordung löste auf der ganzen Rechten erbitterte Empörung aus. Sie betrachtete Calvo Sotelo als ihren besten Mann, seitdem Gil Robles so bei den Parlamentswahlen versagt hatte.

Es ist wahrscheinlich, dass die Ermordung Calvo Sotelos den Ausbruch des Aufstandes beschleunigt hat. Aber es ist unzweifelhaft, einerseits dass der Aufstand schon wochenlang vorher vorbereitet worden war und auch ohne die Ermordung Sotelos losgebrochen wäre, andererseits dass für das Mitwissen der Regierung an der Ermordung Sotelos keinerlei Beweis, ja nicht einmal ein Anhaltspunkt zu finden war. Im Gegenteil, die Ermordung musste

ihr angesichts ihrer eigenen Schwierigkeiten sehr ungelegen kommen.

Neben der Ermordung Sotelos sind noch eine ganze Reihe von Gründen für den Aufstand ins Feld geführt worden.

Man hat erklärt, dass die Linke um Caballero selber einen Putsch vorbereitete und man diesem nur zuvorkommen wollte.

Es ist richtig, dass Largo Caballero in vielen seiner Reden, besonders im vergangenen Winter, von kommenden bewaffneten Auseinandersetzungen sprach und die Meinung vertrat, die entscheidenden Auseinandersetzungen um das Schicksal der spanischen Republik würden mit der Waffe in der Hand und nicht im Parlament ausgetragen werden. Es ist richtig, dass diese Ansicht innerhalb der Arbeiterschaft viel Anklang fand und dass insbesondere die Arbeiterjugend in Caballero ihren grossen Führer erblickte. Von ihr stammt der Beiname «der spanische Lenin», den man Caballero gab.

Wir haben aber gesehen, dass Caballero, der noch zu Beginn des Frühjahres sicher zu sein schien, dass er die Mehrheit der sozialistischen Partei mit sich werde reissen können, schliesslich von dem gemässigten Flügel um Prieto zurückgedrängt wurde und keinerlei Aussicht besass, auf normalem Wege die Führung der Partei in die Hand zu bekommen. Bei einer Urabstimmung innerhalb der Partei wurde die Parteileitung ausschliesslich aus Vertretern des gemässigten Flügels zusammengesetzt, Gonzales Peña, der asturische Bergarbeiterführer, der mit Indalecio Prieto zusammenging, zum Parteipräsidenten gewählt.

Uebrigens hat Caballero keinen Augenblick daran denken können, eine bewaffnete Erhebung für die nächste Zukunft vorzubereiten. Alle seine Reden sprachen von nichts anderem als der Vorbereitung für eine spätere Zukunft, von der Notwendigkeit, eine revolutionäre Partei heranzubilden, die Partei umzuformen, damit sie den Notwendigkeiten eines bewaffneten Kampfes gewachsen sei. Die Tatsache allein, dass die Arbeiterschaft bei Ausbruch des Aufstandes nahezu völlig waffenlos war, dass man erst mühselig aus allen Ecken und Enden veraltete Flinten zusammensuchen musste, um in ganz Madrid etwa vierhundert Arbeiter für den Sturm auf die Kasernen der aufständischen Truppen auszurüsten, ist ein schlagender Beweis dafür, dass Caballero trotz seiner radikalen Reden keine ernsthaften Vorbereitungen für einen bewaffneten Aufstand in der nächsten Zeit getroffen hatte.

Der General der Rebellen, Queipe de Llano, hat in einer Radiorede in Sevilla den Aufstand damit rechtfertigen wollen, dass die letzten Wahlen nicht ordnungsgemäss verlaufen seien, die

Linksregierung also nicht rechtmässig im Amte sei. Die Linke habe, wie er sagte, die Wahlen gestohlen.

Der Rebellengeneral hat für diese Behauptung keinerlei Beweis erbracht. Es ist auch kaum denkbar, dass ein solcher Beweis erbracht werden könnte. Vor dem Losbrechen des Aufstandes hat niemand die Rechtsgültigkeit der Wahlen angezweifelt, niemand bestritten, dass sie ordnungsgemäss abgehalten worden waren. Spanien hat ein eigenes Gericht, das über Wahlfälschungen zu Entscheiden hätte, den Verfassungsgerichtshof. Er ist von niemand angerufen worden. Gil Robles, der geschlagene Führer der Rechten, hätte es gewiss nicht unterlassen, eine Klage bei diesem Gericht einzubringen, wenn er irgendeine ernsthafte Beschwerde hätte vorbringen können. Auch die Presse der Rechten hätte nicht geschwiegen. In Wahrheit ist diese Anschuldigung erst nach dem Ausbruch des Aufstandes aufgetaucht, um ihn nachträglich zu rechtfertigen. Einer ernsthaften Prüfung hält diese Anschuldigung aber nicht Stand. Uebrigens war die Regierung, unter der die Wahl stattfand, keineswegs sozialistisch, sondern eine Regierung der bürgerlichen Mitte.

Man hat schliesslich auf der Rechten behauptet, dass Spanien geradewegs dem Bolschewismus zusteuerte. Der Aufstand sei notwendig gewesen, um Spanien vor dem Bolschewismus zu retten.

Es gibt wenig Worte, mit denen gegenwärtig so viel Missbrauch getrieben wird, wie das Wort «Bolschewismus» oder das Wort «Marxismus». Im Grunde ist es soweit, dass man auf der Rechten alles, was man nicht mag, als Bolschewismus oder Marxismus bezeichnet, ebenso wie man auf der Linken gerne alles Feindliche als Fascismus kennzeichnet. Bolschewismus oder Marxismus ist dann der Name für alles Erdenkbare; für allzu hohe Steuern, für die freie Liebe, für starke Gewerkschaften, für demokratische Freiheitsrechte, ja mitunter sogar für die katholische Kirche! Hat man doch im nationalsozialistischen Deutschland gelegentlich die katholische Zentrumspartei als Helfershelferin des Weltbolschewismus bezeichnet, während in der Schweiz die Frontisten die Freisinnigen gerne brandmarken, indem sie sie als Busenfreunde des Marxismus und Teilhaber des «marxistischen Systems» in der Schweiz anklagen. Eine Zeitlang wollten die Frontisten sogar damit Propaganda machen, dass sie den Anspruch erhoben, die Schweiz von dem sie angeblich bedrohenden Bolschewismus gerettet zu haben. Die zwei kommunistischen Nationalräte, die es in der ganzen Schweiz gibt, müssen ordentlich stolz gewesen sein, dass man ihnen zutraute, sie hätten alle übrigen 196 Nationalräte ohne weiteres in den Sack gesteckt...

Vom Bolschewismus war auch in Spanien vor dem Aufstand sehr wenig zu sehen. 15 Abgeordnete auf 474 — das ist nicht gerade eine imponierende Macht. Die Mitgliederzahl der kommunistischen Partei ist nicht bekannt. Aber über ein paar Tausend kann sie kaum hinausgegangen sein, was in einem Land mit fast 25 Millionen Einwohnern nicht gerade viel bedeutet.

In der Regierung waren die Kommunisten nicht vertreten. Auch die sozialistische Partei gehörte ihr übrigens nicht an. Die Minister waren ausschliesslich Mitglieder linksbürgerlicher Parteien. Wenn man in der Schweiz ähnliche Männer finden will, müsste man sie etwa im Kreise des Nationalrat Dr. Gadiant und des Dr. Müller-Grosshöchstetten, suchen, die kein ehrlich Urteiler als Bolschewiken oder auch nur als Marxisten bezeichnen würde. Der Präsident der Republik, Azaña, hat den Marxismus ausdrücklich und wiederholt abgelehnt.

Wer Spanien näher kennt, wird die Idee, es könne etwa nach russischem Muster bolschewistisch werden, ein wenig lächerlich finden. Spanien ist das klassische Land des Individualismus. Es gibt wenig Menschen, die sich schlechter für die Einfügung in Massenorganisationen eignen, wie die Spanier. Das verrät sich sogar in ihrer militärischen Kampfform. In offener Feldschlacht zu kämpfen, dafür eignen sie sich schlecht. Jeder will am liebsten sein eigener General sein. Sich in einen Gesamtplan einzufügen, bei dem die Leistung des Einzelnen unsichtbar wird, hält der Spanier für eine unerträgliche Zumutung. Um so brillanter kämpft er im Guerillakrieg, dessen Name schon aus Spanien stammt. Es ist der Kampf des Einzelnen oder winzig kleiner Gruppen, die aus dem Hinterhalt oder im schwierigen Gelände über den Gegner herfallen, ihm blitzschnell schwere Verluste zufügen, um dann wieder zu verschwinden. Dieser Guerillakrieg war es, mit dem die Spanier den Heeren Napoleons seine schweren Verluste zufügten. Die gleiche Methode verwenden sie jetzt im Bürgerkrieg. Das erklärt auch, warum dasselbe Dorf der Reihe nach drei oder vier Mal von der gleichen Partei erobert werden kann: man hinterlässt keine Besatzungstruppen, sondern stürmt immer wieder an, sobald sich ein Gegner im Dorf zeigt. Der Guerillakrieg, der dem Einzelnen Gelegenheit gibt, sich auszuzeichnen, entspricht dem individualistischen Volkscharakter des Spaniers. Er ist der genaue Gegensatz zur Organisationsfreudigkeit, die etwa den Deutschen kennzeichnet. Für den Bolschewismus mit seiner Massenorganisation sind solche Menschen kaum geeignet.

Aber auch der Marxismus, wenn man darunter die Sozialdemokratie versteht, ist in Spanien keine aktuelle Gefahr gewesen, als

der Aufstand ausbrach. Die spanischen Sozialisten sind in ihrer grossen Mehrheit keine Marxisten. Prieto, ihr wichtigster Mann vor dem Aufstand, ist ein durchaus gemässiger Sozialist. Er ist allerdings ein grundsätzlicher Demokrat, der die demokratischen Rechte des spanischen Volkes mit allen Mitteln verteidigen will.

Gerade als Demokraten haben wir uns überdies die Frage zu stellen, ob im Kampf gegen den sogenannten « Bolschewismus » oder « Marxismus » wirklich alles erlaubt sei. Ob man sich da auch über den demokratischen Willen des Volkes hinwegsetzen darf. Wäre es erlaubt, die sozialdemokratische Gemeindeverwaltung von Zürich abzusetzen, obwohl sich die Mehrheit der Zürcher Bevölkerung für sie ausgesprochen hat, nur weil es Sozialdemokraten sind? Gilt die Demokratie nur so lange, als sie den bürgerlichen Rechtsparteien die Mehrheit sichert und hört ihre Geltung auf, sobald sich die Volksmehrheit für die Linksparteien entscheidet?

Die spanische Regierung ist aus freien, demokratischen Wahlen hervorgegangen. Nichts kann in den Augen eines Demokraten den gewaltsamen Sturz einer solchen Regierung rechtfertigen.

\*

Ein englischer Beobachter, der in London im Königlichen Institut für Ausländische Angelegenheiten über Spanien sprach, hat für den Ausbruch des Aufstandes zwei Ursachen verantwortlich gemacht. Er verwies darauf, dass die Regierung im Begriffe stand, bei den Offizieren der Fremdenlegion eine Säuberungsaktion durchzuführen. Dass ferner im Parlament ein Antrag bevorstand, wonach gegen die Verantwortlichen für die ungesetzlichen Greuelthaten bei der Niederwerfung des asturischen Aufstandes im Oktober 1934 eine Strafuntersuchung eingeleitet werden solle. An der Annahme dieses Antrages durch die Mehrheit des Parlaments sei nicht zu zweifeln gewesen.

Wir haben davon gesprochen, dass die Republik in den beiden ersten Jahren ihres Bestehens die hohen Offiziere, deren Treue sie nicht sicher zu sein glaubte, nach Spanisch-Marokko, in die Fremdenlegion, versetzte. Die Fremdenlegion, die « Tercio », war damit zu einem Zentrum der Verschwörung gegen die Regierung der Republik geworden. Eine Säuberungsaktion der Regierung, die sich gegen diese Offiziere gerichtet hätte, hätte sie um ihr Gehalt und ihren Einfluss gebracht.

Viele der höheren Offiziere waren an der Niederwerfung des asturischen Aufstandes beteiligt gewesen. Nach Behauptungen von verschiedenen Seiten haben sie dabei nicht wenig Gesetzwidrig-

keiten begangen. Eine Strafuntersuchung hätte ihnen gefährlich werden müssen.

Die hohen Offiziere entschlossen sich angesichts dieser Gefahr zum Losschlagen. Der Aufstand brach los.

## VII. Fascismus gegen Bolschewismus?

Seitdem der spanische Bürgerkrieg das unglückliche Land verwüstet, versucht man, mit dem Schreckgespenst des drohenden Bolschewismus in allen Ländern politisches Kapital zu erzielen. Die Regierungstreuen werden als bolschewistische Sendlinge, als Atheisten, als Räuber und Mörder bezeichnet, gegen die zu kämpfen Ehrenpflicht jedes anständigen Menschen sei. Wer sich für die Regierungsanhänger ausspricht, gilt als ein Mensch, dem zuzutrauen sei, dass er alle wahren oder angeblichen Greuelthaten der Regierungstruppen in Spanien auch in seinem eigenen Land begehen wolle. Mit allen Mitteln wird versucht, auch in den anderen Ländern eine Panikstimmung herbeizuführen, die man zum Kampf gegen die Demokratie, gegen die Arbeiterorganisationen, gegen die demokratischen Freiheitsrechte überhaupt benutzen will.

Das Signal zu dieser Propagandawelle hat Deutschland gegeben. Wer die deutsche Presse liest, könnte zur Meinung kommen, auf der Seite der spanischen Regierung kämpften überhaupt nicht Spanier, sondern Abgesandte aus Moskau, bezahlte Agenten des Weltbolschewismus. Spanien wird als Schulbeispiel dafür bezeichnet, was der Bolschewismus aus einem Lande machen könne. Selbst der « Führer und Reichskanzler » hat sich nicht gescheut, in seiner Proklamation an den nationalsozialistischen Parteitag zu erklären: « Die Moskauer Kommunisten-Hetzer Neumann, Bela Kun und Genossen, die heute Spanien im Auftrag der Komintern-Bewegung verwüsten ». Hitler hat damit offenkundig die frei erfundene Behauptung eines Pariser Blattes wieder aufnehmen wollen, dass sich diese beiden Kommunistenführer in Spanien befänden, was einfach unwahr ist und von dem betreffenden Pariser Blatt, dem « Petit Parisien » übrigens auch schon lange richtiggestellt wurde. Sein Moskauer Korrespondent hatte nämlich Gelegenheit, Bela Kun in Moskau selbst zu begrüssen.

Dagegen hat es der Reichskanzler vorgezogen, nichts über die Interventionen des deutschen und des italienischen Fascismus in den spanischen Bürgerkrieg zu sagen. Denn, während er Moskau solcher Einmischung beschuldigt, ohne den Schatten eines Beweises dafür erbringen zu können, haben Deutschland und Italien den Aufständischen Flugzeuge geliefert, wie aus der Notlandung solcher

Militärflugzeuge in Französisch-Marokko hervorgeht, und wie auch die englischen Blätter wiederholt berichtet haben.

Nicht ganz so krass, aber häufig fast ebenso deutlich, ist die Propaganda in der Schweiz. Man weiss, dass man den klugen, nüchternen und überlegenden Schweizer nicht die gleiche derbe Kost vorsetzen darf, die der Deutsche verträgt, der ja überdies niemals eine gegnerische Stimme zu Gehör bekommt. Man macht es also in der Schweiz vorsichtiger, aber deswegen nicht weniger geschickt. Auch hier will man so tun, als sei der Bürgerkrieg in Spanien auf bolschewistische Umtriebe zurückzuführen, als seien diejenigen, die in der Schweiz ihre Sympathie für die spanische Regierung bekunden, Helfershelfer des Bolschewismus.

Aber es genügt die einfache Frage, von wem denn der Aufstand ausgegangen sei, um dieses Lügengeschwätz der Agitation zu zerreißen. Hat die Regierung den Aufstand begonnen oder haben nicht vielmehr Generäle, ihren Eid vergessend, der Republik die Treue gebrochen, um das unglückliche Land wider den Willen der Mehrheit seiner Bevölkerung unter das Joch einer Diktatur zu zwingen? Gerade der starke Widerstand, auf den die Generäle stossen, ist ein Beweis dafür, wie stark der Rückhalt ist, den die Regierung und der demokratische Gedanke in Spanien besitzen.

Man habe Spanien vor dem Bolschewismus retten müssen, der es angeblich bedrohte. Aber die Wahrheit ist gerade umgekehrt. Der Bürgerkrieg hat die linksextremen Kräfte in Spanien eher gestärkt als geschwächt. Caballero ist wieder in den Vordergrund getreten, die Anarchisten üben stärkeren Einfluss aus als zuvor. Die Regierung ist deutlich nach links gerückt — weil sie sich im Kampf gegen die Generäle auf ihre entscheidenden Kräfte, die Arbeiterschaft, stützen musste.

Die Rechte wollte den Bolschewismus ausrotten. Sie hat ihm in Wahrheit einen Dienst erwiesen. Sie hat die ruhige Entwicklung zerstört, die Azaña und Prieto herbeiführen wollten. Sie hat mehr zur Verbreitung radikaler Ideen in Spanien getan, als alle Propagandareden Caballeros bewirken konnten...

\*

Aber, sagen die Ganzweisen, wenn auch vor dem Aufstand keine ernstzunehmende bolschewistische Gefahr bestand, so ist sie doch jetzt während des Aufstandes emporgewachsen. Heute haben wir nur mehr die Wahl zwischen einem fascistischen und einem bolschewistischen Spanien. Und wenn die Alternative so steht, können wir uns nur für das fascistische Spanien entscheiden. Wir müssen den Sieg der Generäle erhoffen.

So überzeugend diese Ueberlegung auf den ersten Blick wirken mag, so wenig trifft sie doch zu.

Wir sprechen gar nicht davon, ob ein Demokrat den Sieg derer erhoffen darf, die sich gegen eine demokratisch gewählte Regierung auflehnen — wenn er noch immer auf den Ehrentitel des Demokraten Anspruch erhebt. Wir wollen dieses Argument gar nicht benutzen, weil wir die bequeme Antwort kennen, Spanien sei für die Demokratie nicht reif. Als ob ein Volk anders als durch schwere Kämpfe für die Demokratie reif werden könnte. Auch schwimmen lernt man nur im Wasser.

Wichtiger aber scheint uns, dass niemand wissen kann, welches Spanien aus dem Bürgerkrieg hervorgehen wird. Weder in dem Fall, dass die Regierung siegt, noch in dem anderen, wenn die Generäle den Erfolg davon tragen.

Auf der Seite der Rebellen kämpft eine bunt zusammengewürfelte Koalition. Die hohen Offiziere, der Klerus, die beiden, einander erbittert bekämpfenden, monarchistischen Fraktionen, die Fascisten. Bleiben die Rebellen siegreich, so beginnt erst zwischen ihnen die Auseinandersetzung um die Teilung der Beute. Welche der Fraktionen aus diesem Kampf als Schlusssieger hervorgehen wird, kann niemand vorhersehen. Umsoweniger als es selbst in dem für die Rebellen günstigsten Fall noch vieler Monate voll blutiger Kämpfe bedürfen wird, bis die letzten Reste des Widerstandes der Republikaner beseitigt wären. Jedenfalls: der Sieg der Rebellen bedeutete keinen Schlusspunkt unter die stürmische Entwicklung Spaniens, sondern umgekehrt, den Auftakt zu neuen Auseinandersetzungen zwischen den streitenden Siegern.

Umgekehrt wird der Sieg der Regierung sicher ebenfalls keine Ruheperiode zur Folge haben. Auch auf ihrer Seite gibt es Gegensätze. Die frommen Katholiken der baskischen nationalistischen Partei mit den Kommunisten und den Anarchisten unter einen Hut zu bringen, ist auf die Dauer keine leichte Aufgabe. Aber es gibt einen grundsätzlichen Unterschied zwischen den Rebellen und den Anhängern der Regierung: während jene die Demokratie verwerfen und jede Auseinandersetzung zwischen ihnen daher nur mit den Mitteln der Gewalt ausgetragen werden kann, eint die grosse Masse der Regierungsanhänger, gewiss nicht alle, aber ihre grosse Mehrheit, der Glaube an die Demokratie. So ist die Hoffnung berechtigt, dass die weiteren Auseinandersetzungen innerhalb einer siegreichen Linken auf demokratischem Wege, durch geistige Auseinandersetzung ausgetragen werden können. Gewiss wird auch das keine Idylle bedeuten — dafür sorgen schon die Anarchisten,

deren Ueberwindung die Voraussetzung für jede friedliche Entwicklung in Spanien ist. Sie mit Gewalt niederzuwerfen, ist bisher niemand gelungen, der sich daran versuchte. Nur die Agitation der Sozialisten, nur die Aufklärungsarbeit, die in dieser Volke der Analphabeten so dringend notwendig ist, kann auf die Dauer erfolgversprechend sein.

Ob ein Sieg der Rechten den Fascismus bedeuten würde, kann niemand mit Sicherheit voraussagen. Zweifellos aber würde er die diktatorischen Kräfte in der ganzen Welt gewaltig stärken. Wer den Sieg der Generäle wünscht, muss sich auch diese Folge klar machen: dass damit in ganz Europa, auch im eigenen Land die anti-demokratischen Tendenzen gestärkt würden, dass jenen, die die Freiheitsrechte des Volkes verkürzen wollen, der Kamm schwellen würde.

Ob ein Sieg der Linken den Bolschewismus zur Folge hätte, kann gleichfalls niemand mit Sicherheit wissen. Der Bolschewismus widerspricht dem Naturell des Spaniers. Viel wahrscheinlicher scheint uns, dass eine Periode radikaler Reformen folgen würde, die vielleicht Einiges zustandebrächte, was in dem rückständigen Spanien Jahrhunderte lang verabsäumt worden war. Jedenfalls aber wäre ein Sieg der Regierung ein Signal in ganz Europa, das den Menschen, die die Freiheit ersehnen, neue Hoffnung brächte. Und nur auf der Freiheit kann der gesicherte Fortschritt, kann letzten Endes der Frieden erbaut werden.

Man vergesse nicht, dass es die Länder der Unfreiheit, die Kaiserreiche waren, die den letzten Weltkrieg heraufbeschworen. Jeder Sieg der Diktaturen in der Welt bringt uns einem neuen Krieg näher. Die neue Kriegsgefahr in Europa datiert von dem Tage, da Hitler in Deutschland die Diktatur aufrichtete. Den ostafrikanische Krieg, der uns hart an den Rand eines Krieges führte, hat gleichfalls keine Demokratie, sondern eine Diktatur vom Zaune gebrochen.

\*

Vieles trennt uns von Spanien. Nichts wäre törichter, als die politischen und sozialen Unterschiede zwischen Spanien und der Schweiz übersehen zu wollen. Die gleichen Worte bedeuten in den beiden Ländern oft etwas völlig Unterschiedliches. Die schweizerische Demokratie ist nicht die gleiche wie die französische und gewiss nicht wie die spanische. Der Schweizer ist nicht der gleiche Mensch wie der Franzose und gewiss nicht wie der Spanier.

Wir lehnen also alle leichtfertigen Versuche ab, auf den Ereignissen in Spanien Schlussfolgerungen auf unser Land zu ziehen.

Der Bürgerkrieg in Spanien ist eine furchtbare Tragödie für das unglückliche Land, an der es, welches auch sein Ergebnis sei, noch viele Jahre zu tragen haben wird. Es wäre verbrecherisch, wollte man dieses Unglück dazu benutzen, um in der Schweiz die politischen Gegensätze zu verschärfen, gerade in einem Augenblick, da die innere wie die äussere Situation unseres Landes die Zusammenfassung aller, die guten Willens sind, dringend erforderlich macht.

Wir wollen also in der Beurteilung der Vorgänge in Spanien Mass halten und auf alles verzichten, was die politischen Auseinandersetzungen in der Schweiz vergiften könnte.

Aber es wäre ein sonderbarer Demokrat, ein sonderbarer Schweizer, der nicht in seinem Herzen mit denen fühlte, die für die demokratisch gewählte Regierung kämpfen, für jene Regierung, die das Vertrauen der Parlamentsmehrheit besitzt. Die nicht mit ihrer Sympathie an der Seite derer stehen, die mit ihrem eigenen Leben, oft mit nackter Brust, mit ungenügender Bewaffnung, mit einer Selbstaufopferung, die an die Grössten unserer eigenen Vergangenheit erinnert, der Freiheit eine Gasse bahnen, der Diktatur den Weg an die Macht versperren wollen.

In früheren Zeiten sagte man gelegentlich verächtlich von den Schweizern: Point d'argent — point de Suisses. Kein Geld — keine Schweizer. Aber seither ist die Schweiz ein anderes Symbol geworden, das Symbol der Freiheit und der Brüderlichkeit. Wo Menschen für die Freiheit kämpfen und sterben, klopft das Herz des freien Schweizlers im Gleichtakt mit ihnen.

